Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg ℳ 1800. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländischen Verkehr ℳ 1859 mit Postbestellgebühr.

In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile ob deren Raum i. Bezirk 80.- ℳ außerhalb desselben 90.- ℳ einschließl. Inseratensteuer Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 20 Mk. Reklame-Zeile 280 ℳ
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 14 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt.

Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 41. | Neuenbürg, Montag, den 19. Februar 1923. | 81. Jahrgang.

Deutschland.

Karlsruhe, 17. Febr. Die Amtmänner Dr. Maier und Rüller, welche in Offenburg von den Franzosen verhaftet worden sind, wurden am Samstag morgen von Ludwigshafen nach Mainz verbracht. Sie sollen dort wegen Gehorsamsverweigerung vor das französische Kriegsgericht gestellt werden.

München, 17. Febr. Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags beschäftigte sich gestern mit dem Antrag der drei Koalitionsparteien, daß hinfort bei Verfassungsänderungen nicht mehr die Zweidrittelmehrheit der Mitglieder, sondern nur die Zweidrittelanwesenheit der Volksvertretung notwendig sei und aus dieser Anwesenheit dann die Zweidrittel-Majorität gegeben sein müsse. Dabei hatten die Demokraten den Erfolg, daß ihre Ausführungen einen glatten Umfall der Bauernbündler bewirkten. So waren schließlich bei der Abstimmung für den Antrag die Bayerische Volkspartei und die Bayerische Mittelpartei isoliert. Die Bauernbündler erklärten, daß sie trotz der Unterschrift unter den Antrag nunmehr sich zunächst der Stimme enthalten würden. Obwohl im Ausschuß der Antrag mit 14 gegen 11 Stimmen angenommen wurde, ist fast sicher, daß im Plenum der Antrag keine Mehrheit finden wird. Die Bauernbündler haben also in letzter Stunde auf die Warnungen der Demokraten gehört.

Düsseldorf, 17. Febr. Der Militärintendant in Düsseldorf hat 29 Stück Großvieh beschlagnahmt und außerdem die Stadt aufgefordert, eine große Brotfabrik bereitzustellen. Der Oberbürgermeister hat gegen das Verfahren protestiert und die Bereitstellung der Brotfabrik abgelehnt.

Düsseldorf, 17. Febr. Vom linken Niederrhein werden neue Ueberfälle auf deutsche Frauen und Mädchen gemeldet. Nachdem es lange Zeit von französischen Ueberfällen still geworden war, werden jetzt gleich vier Ueberfälle auf einmal aus einer einzigen Bürgermeisterei gemeldet. Die Ueberfallenen, darunter eine 52jährige Witwe, wurden mit der Waffe bedroht und mißhandelt. Auch sonstige Ueberfälle sind am Niederrhein wieder zahlreich. Mißhandlungen harmloser Passanten, auf die auch geschossen wird, sind an der Tagesordnung.

Essen, 17. Febr. Heute wurde gegen den Syndikus des Einzelhandelsverbandes Dr. Guyen verhandelt, der angeklagt ist, die öffentliche Ordnung dadurch gestört zu haben, daß er ein Zirkular unterzeichnete, in dem die Kaufleute aufgefordert wurden, im Interesse der öffentlichen Ernährung an die Besatzungstruppen nichts abzugeben. — Beantragt waren vom Staatsanwalt drei Jahre Gefängnis. Guyenz wurde zu zwei Jahren Gefängnis und acht Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.

Gelsenkirchen, 17. Febr. Der kommandierende General der 47. Division teilt durch Straßenanschlag mit, daß die Besetzung der Stadt erfolgt sei, weil Gelsenkirchen wegen des Ueberfalls auf die beiden Gendarmerieoffiziere mit einer Geldbuße von 100 Millionen Mark belegt wurde. Die Stadt bleibe solange besetzt, bis das Geld bezahlt sei. Bis dahin träten scharfe Bestimmungen in Kraft. Die Kinos und anderen öffentlichen Lokale wurden geschlossen und alle sonstigen Lustbarkeiten verboten. Der Straßenverkehr ist von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends verboten. Weitere scharfe Maßnahmen behält sich der kommandierende General vor. Die Franzosen besetzten die Post, die Eisenbahn und das Finanzamt.

Berlin, 17. Febr. Der Reichspräsident gab anläßlich der Verurteilung des Bürgermeisters Dr. Schäfer-Essen und des Oberbürgermeisters Havenstein in Oberhausen zu mehrjährigen Gefängnisstrafen in Telegrammen an die Stadtverwaltungen von Essen und Oberhausen seiner Empörung über diesen in die Form eines Rechtsbruches gekleideten Willkiakt des französisch-belgischen Militarismus gegen die nach Eid und Pflicht handelnden Bürgermeister Ausdruck und sprach den beiden Verurteilten seine besondere Anerkennung für pflichttreues und mannhaftes Verhalten aus.

Berlin, 17. Febr. Der Reichsrat hat gestern den sogenannten Rapallovertrag zwischen Sowjetrußland und Deutschland auf die Sowjetrepubliken Ukraine, Weiß-Rußland, Georgien, Aserbeidschan, Armenien und die Republik des fernen Ostens ausgedehnt. — Die ersten Kinder aus dem Ruhrgebiet sind gestern mittag in Bremen eingetroffen. Weitere Züge werden folgen. Im ganzen sollen gegen 7000 Kinder in Bremen untergebracht werden.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 16. Febr. In der Nachmittagssitzung, die Präsident Walter um 5¼ Uhr eröffnet, wird zunächst der Gesetzentwurf über einen Gerichtsgemeinschaftsvertrag mit Preußen (Hohenzollern) in zweiter Lesung beraten und angenommen. Die Entschließung Dr. Bock (Ztr.), für die Rottweiler Rechtsanwälte, die unter der Arbeitsverminderung durch Wegnahme des Bezirks Balingen vom Landgericht Rottweil schwer leiden, eine entsprechende Anzahl von Stellen im Staatsdienst bereitzustellen, wird auf Antrag Heymann (Soz.) gegen die Stimmen des Zentrums dem Finanzausschuß überwiesen. Das Gesetz wird dann auch in 3. Lesung angenommen. Sodann wird das Gesetz, die Befugnis der Württembergischen Notenbank zur Herausgabe von Banknoten von 210 auf 6300 Millionen Mark zu erhöhen, ohne Debatte in 1. bis 3. Lesung angenommen. Einige Schwierigkeiten ergeben sich bei der Beratung des Gesetzentwurfs auf Gewährung eines Darlehens von 50 Millionen Mark an die Zentralleitung für Wohltätigkeit als Betriebsmittel für die Fürsorgeerziehungsanstalten. Während alle Parteien von der Notwendigkeit einer raschen Hilfe überzeugt sind, sträuben sich die Kommunisten gegen die sofortige Erledigung, da sie die Sachlage erst näher prüfen müßten. Schließlich wird auch dieser Gesetzentwurf in 1. bis 3. Lesung angenommen. Dann geht man über zur Beratung des Außerordentlichen Dienstes, worüber Abg. Scheef berichtet. Kapitel 1 (Verwaltung des Innern), 2 (Finanzverwaltung), 3 (Wohnungsabgabe), 4 (Zuschuß der Staatsforstverwaltung für den Wohnungsbau) und Kapitel 6 (Anleihen) werden gegen die Stimmen des Bauernbundes und der Bürgerpartei angenommen. Kapitel 5 (Zuweisungen aus den Zinsen der Abfindungssummen) findet keine Beanstandung. Schließlich wird noch der Gesetzentwurf über die Wahldauer der Bezirksräte in 1. Lesung dem Ausschuß für innere Verwaltueg überwiesen. Dann wird nach 7 Uhr abgebrochen. Fortsetzung Samstag vormittag 8 Uhr.

Stuttgart, 17. Febr. Der Landtag befaßte sich heute mit dem Etat des Finanzministeriums und erledigte eine Reihe von Kapiteln über das Steuerwesen. Ueber einen Antrag Winker (Soz.) und Dr. v. Blume (Dem.), die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert zu veranlagen, gab es eine längere Auseinandersetzung. Die Antragsteller zeichneten diese Art der Veranlagung als gut durchführbar und auch als die einzig gerechte. Der Finanzminister Dr. Schall betonte, daß nach Ansicht des Finanzausschusses und des Landtags in Württemberg heute eine Möglichkeit des Uebergangs von der Ertragssteuer zum gemeinen Wert nicht bestehe. Wollte man den Antrag Winker annehmen, so müßte man zuerst einen neuen Kataster aufstellen, was ungeheure Summen verschlingen und sehr lange dauern würde. Gegen den Antrag sprachen insbesondere die Abgg. Körner (BB.) und Mähler (Ztr.). Die Abstimmung wurde zurückgestellt, ebenso über einen Antrag Winker (Soz.), der das Finanzministerium ersucht, über die Gewerbesteuersache Daimler im Finanzausschuß Auskunft zu geben. Gegen diesen Antrag wurde seitens der Regierung geltend gemacht, daß der Fall vollkommen ordnungsgemäß und sachlich behandelt wurde, daß keine rechtliche Grundlage für die Unterbreitung der Akten bestehe und daß allgemeine wirtschaftliche Interessen sowie die Wahrung der Geschäftsgeheimnisse der Firma Schweigen gebieten. Am Mittwoch nachmittag wird die Beratung fortgesetzt. In der nächsten Woche sollen Dauersitzungen stattfinden, um mit der Etatsberatung fertig zu werden.

Franzosenterror in der Pfalz.

München, 17. Febr. Die Nachrichten, die an den zuständigen Stellen über das Vorgehen der Franzosen in der Pfalz vorliegen, sind geradezu unerhört. Die Franzosen haben jede, auch die letzte Rücksicht fallen lassen, sie zeigen nun, daß sie auch in der Pfalz die unumschränkten Herren sind. Sie haben bereits die wichtigsten Eisenbahnstrecken militarisiert mit dem Erfolge, daß täglich auf den Hauptstrecken nur 24 Züge abgefertigt werden können. Die Verhaftungen und Ausweisungen mehren sich stündlich. Wer irgendwie einer Weisung der französischen Behörde sich widersetzlich zeigt, wird ohne weiteres verhaftet und ausgewiesen. Die Franzosen haben die Pfalz als Internierungsgebiet für die im Ruhrgebiet Verhafteten bestimmt. Die Unmenschlichkeit besteht darin, daß die Fahrt der Verhafteten vom Ruhrgebiet bis nach der Pfalz, die selbst unter anormalsten Umständen höchstens 24 Stunden dauern kann, vier volle Tage und Nächte währt. Während dieser Fahrt, die in den primitivsten Wagen erfolgt, erhalten die Verhafteten aus dem Ruhrgebiet nicht einen Bissen Brot. Die Schupobeamten, die in der Pfalz verhaftet wurden, kamen gestern in Zweibrücken an. Die Bevölkerung wollte ihnen eine Huldigung darbringen, die französischen Soldaten drangen mit Bajonetten und Gewehrkolben auf die Menge ein und hieben blindlings drauf los, so daß zahlreiche Personen schwer verletzt wurden. Trotz alledem läßt sich die Bevölkerung weder einschüchtern noch von ihren Kundgebungen abhalten. Eine ungeheure Blamage erlitten die Franzosen in Ludwigshafen. Sie hatten die erste Versteigerung des aus den bayerischen Staatswaldungen gestohlenen Holzes angekündigt und als Käufer bekannt gemacht, daß nur 20 Prozent des Kaufpreises anzuzahlen sei. Allerdings müsse die Frankenwährung gelten. Wohl war eine Anzahl Käufer erschienen, aber, wie sich herausstellte, nur um die Franzosen zu verhöhnen. Nicht ein Gramm Holz wurde ersteigert. Auch die Presse wird neuerdings in unerhörter Weise von den Franzosen geknebelt. Jede Zeitung, die von dem unbesetzten Gebiet hereinkommt, wird vorher kontrolliert. Enthält sie Artikel gegen die Franzosen, so wird das Blatt einfach vernichtet. Die „München-Augsburger Abendzeitung" ist bereits auf drei Monate verboten worden.

Gründlich heimgeleuchtet.

Französische Zeitungen möchten den katholischen Süden Deutschlands gegen den evangelischen Norden ausspielen. Der badische Zentrumsführer leuchtet ihnen trefflich heim. Er schreibt: „Diese Spekulation ist absolut verfehlt. Sie hat nur eine Wirkung bei uns in der Südwestecke, und diese wird kurz so charakterisiert: Jetzt erst recht fest und treu zum Reich! Ich kenne meine badische Heimat! Hier in den Bergen des Schwarzwaldes steht mein Elternhaus, hier erlebte ich meine Jugend, genoß ich die Schulen von der Volksschule bis zur Universität. Als Geistlicher stehe ich mitten unter diesem prächtigen Volk, als Politiker habe ich seit 20 Jahren alle Teile dieser Heimat besucht und des Volkes Denken und Fühlen kennen gelernt, ganz besonders das Denken und Fühlen der Katholiken! Ich bin also in der Lage, Zeugnis geben zu können. Ich will es auch vor aller Oeffentlichkeit ablegen; dieses Zeugnis lautet kurz und bündig: Wir sind Deutsche und wollen es bleiben! Je größer des Vaterlandes Not, desto treuer zu Volk und Vaterland! Diese Tage, in denen man im öffentlichen Leben die deutsche Würde vor der französischen Macht vergaß, gehören der Geschichte an. Sie werden sich nicht wiederholen. Das ist unser Wille, das unsere Gesinnung! Darum lasse man auf der anderen Seite die verfehlte Spekulation auf die Eigenart und die Konfession des Südens. Sie beleidigt uns!"

Besetzung des Polizeipräsidiums in Essen.

Essen, 16. Febr. Um 11,30 Uhr drangen die Franzosen in größerer Zahl in das Gebäude ein. Sie verbreiteten sich auf die vier Stockwerke, drangen in sämtliche Bureaus ein und verboten jede Arbeit. Die Beamten mußten die Bureaus verlassen und auf den Flur treten. Alle mußten ihre Brieftaschen abgeben, die durchsucht wurden. Ferner wurde eine Visitation nach Waffen vorgenommen. Von den vorgesetzten Beamten wurden Regierungsrat Biedermeyer, der Stellvertreter des Präsidenten, und ein Regierungsassessor verhaftet. Polizeirat Exner ging freiwillig mit den beiden Herren. Die übrigen Beamten mußten immer gruppenweise zu 5 und 6 das Haus, in dem die Franzosen Spalier bildeten, verlassen und sich nach Hause begeben. Bisher sind nur Franzosen in den Bureaus.

Die Polen eins mit den Deutschen.

Gelsenkirchen, 17. Febr. Die hiesige polnische Stadtverordnetenfraktion hat, um jeden Zweifel an ihrer Haltung in bezug auf die Vorgänge in Gelsenkirchen zu beheben, folgendes Schreiben an den Oberbürgermeister gesandt: „Die polnische Stadtverordnetenfraktion und die polnischen Bürger der Stadt erheben schärfsten Protest gegen die Besetzung der Stadt und gegen die Verhaftung des Oberbürgermeisters und der übrigen Herren. Sie treten für ihre sofortige Freilassung ein und versprechen, mit den Deutschen eins zu sein."

Schreckensurteil gegen deutsche Beamte.

Essen, 17. Febr. Ueber den Gang der Kriegsgerichtsverhandlung, die, wie gemeldet, mit der Verurteilung von Oberbürgermeister Havenstein von Oberhausen wegen Absperrung des Lichtes auf dem Oberhausener Bahnhof zu 3 Jahren Gefängnis ohne Strafaufschub und des Essener Bürgermeisters Dr. Schaefer wegen der Weigerung, Requisitionsscheine zu unterzeichnen, endete, wobei gleichzeitig der Direktor Bußmann von den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken wegen Verweigerung einer Reparatur an der Lichtleitung des Hotels Kaiserhof eine Geldstrafe von 5 Millionen Mark verurteilt wurde, ist im einzelnen noch zu berichten: Bei seiner Vernehmung gab Havenstein an, daß zwischen der Stadt Oberhausen und der Eisenbahnverwaltung ein Privatvertrag bestehe, der am 2. Februar von der Eisenbahn gekündigt worden sei. Darauf habe die Stadt den Strom nicht mehr geliefert. Der Aufforderung des französischen Offiziers, dem Bahnhof wieder Licht zu liefern, habe er nicht nachkommen können, da das Reich die Lieferung verboten habe. Der französische Staatsanwalt wies auf die Gefahren hin, in die der Verkehr auf dem Bahnhof durch die Lichtverweigerung gekommen sei, und auf die Möglichkeit großer Unglücksfälle. Er beantragte die höchst zulässige Strafe und beschwor das Kriegsgericht, ja keine Schwäche zu zeigen: „Man kämpft gegen uns mit ungeheurer Energie, und die Welt würde uns ein mildes Urteil als Schwäche auslegen. Deshalb müssen wir auf die höchste Strafe erkennen." In den ihm gestatteten letzten Worten sagte der Oberbürgermeister: „Ich stehe vor Ihnen als ein aufrechter Mann und bin frei von jeder Schuld. Ich bin mir bewußt, meine Pflicht und Schuldigkeit getan zu haben, getreu dem Lande, das mich geboren, getreu der Stadt, die mich berufen hat und getreu gegen meine rechtmäßige Regierung. Deshalb ist die Anklage gegen mich haltlos. Sie entbehrt jeder rechtmäßigen und gesetzmäßigen Rücklage. Die Gesetze aller Länder sind beherrscht von der Moral, die Gesetze achten und schützen die Ehre des Menschen, sie schützen die Pflichttreue und die Vaterlandsliebe. Es gibt kein Gesetz in der ganzen Welt, das jemanden zwingen kann zu handeln gegen das Wohl des eigenen Landes und das Wohl des eigenen Volksgenossen. Es gibt kein Gesetz, das einem Manne zumutet, zum Verräter am eigenen Vaterlande zu werden." Trotz dieser eindrucksvollen Verteidigung des 62jährigen Oberbürgermeisters, der seit 12 Jahren im Dienste der Stadt Oberhausen steht, wurde das oben gemeldete Urteil gefällt, gegen das von dem Verteidiger sofort Revision eingelegt wurde. Nach Bekanntwerden des Schreckensurteils sammelte sich eine große Menschenmenge an, die von der Besatzung aufgefordert wurde, auseinander zu gehen. Als dies nicht geschah, wurden Schüsse abgegeben. Ob Personen verletzt wurden, konnte noch nicht festgestellt werden.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Das Urteil gegen Oberbürgermeister Jarres.

Aachen, 17. Febr. Im Prozeß gegen den Oberbürgermeister Dr. Jarres von Duisburg, wurde von dem hiesigen belgischen Kriegsgericht heute vormittag das Urteil verkündet. Dr. Jarres erhielt einen Monat Gefängnis und muß sämtliche Kosten tragen. Dr. Jarres hat erklärt, daß er Berufung einlege. Bei der Urteilsverkündung wurde Jarres gefesselt vorgeführt.

Rütlischwur im Berliner Staatstheater.

Berlin, 17. Febr. Im Berliner Staatstheater wurde gestern abend Schillers „Wilhelm Tell" in den Spielplan wieder aufgenommen. Die Einnahme des bis auf den letzten Platz gefüllten Hauses galt dem Hilfsfonds für das Ruhrgebiet. Auch sonst war dieser „Tell" von vornherein als eine nationale Kundgebung gedacht, als eine Kundgebung des Willens zur nationalen Freiheit. Der Aufführung wohnten bei: Der Reichspräsident, der Reichskanzler mit sämtlichen Reichsministern, der preußische Ministerpräsident mit seinen Kabinettsmitgliedern, die Präsidien von Reichstag und Landtag, sowie der Berliner Oberbürgermeister Böß und zahlreiche Parlamentarier. Das Haus befand sich von Anbeginn an in gehobener, erwartungsvoller Stimmung, die durch die nationale Glut der Dichtung von Szene zu Szene wuchs. Als auf der Bühne der Rütlischwur verklungen war, ließen sich die Wogen der Begeisterung nicht länger zurückhalten. Während sich alle Besucher begeistert erhoben, wiederholte ein Herr im Parkett den Wortlaut, in dessen zweiter Strophe sich alle einmütig zusammenfanden: „Wir wollen frei sein wie die Väter waren. Eher den Tod, als in der Knechtschaft leben". Jubelnde Begeisterung löste sich in dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes aus. Aber auch nachher brauste die Begeisterung bei manchen Worten auf, welche, wie aus der Not der Tage heraus geboren scheinen, am stürmischsten nach der Mahnung des Rudenz: „Wenn erst der Boden rein ist von dem Feind, dann wollen wir in Frieden schon vergleichen". Nach diesen Worten mußte das Spiel minutenlang ausgesetzt werden, so hingerissen waren die Gemüter. Als schließlich das Spiel in der großen Freiheitsapotheose ausklang, erhob sich die ganze Schwingende von den Plätzen und in den Dank für Künstler und den Regie führenden Intendanten mischten sich begeisterte Rufe auf das deutsche Vaterland.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 16. Febr. Von der neuen Geschäftsordnung des Reichstags merkt man bisher eigentlich sehr wenig. Die Parteien haben immer noch so wenig Disziplin, daß sie auch den kleinen und kleinsten Gruppen, selbst den Dreimännerfraktionen, bei jeder allgemeinen Aussprache das Wort gestatten. So kam heute bei der zweiten Lesung des Haushaltsplanes des Reichsministeriums des Innern auch der deutschvölkische Abgeordnete Wulle, der frühere Deutschnationale, dazu, ein gerüttelt Maß von Bosheiten über die Reichsregierung und die Regierungen der Einzelländer auszuschütten, dafür begleitet von seinen beiden Parteifreunden, die durch lebhafte Zwischenrufe Bewegung in das Haus zu bringen wußten. Wulle hatte eine Menge Material aus den Akten sich zusammengestellt und klagte über das schroffe Vorgehen, zumal über das Vorgehen gegen die Nationalsozialisten. Mit Herrn Wegmann, der anderen Hälfte der Fraktion Ledebour, war dann die erste Garnitur erschöpft. Von den Sozialdemokraten sprach noch Herr Dr. Moses, seines Zeichens Arzt, den trostlose Bilder von der Verelendung der deutschen Bevölkerung, zumal in den Großstädten, gab. Es wäre gut, wenn die Zahlen, die er nannte — sie sind zwar nicht neu — in dieser nackten Zusammenstellung, die immer wieder erschreckt, ihren Weg ins Ausland finden, um dort zu zeigen, wie es mit dem angeblichen Wohlstand Deutschlands aussieht, und Dr. Oeser bestätigte nachher dem Dr. Moses, daß er die Lage höchstens noch zu günstig geschildert habe. Der Innenminister machte sich im übrigen seine Sache recht leicht. Er war ja auch nicht allzu hart angepackt worden und braucht über die Absichten seines Ressorts nicht allzuviel mitzuteilen. Ueber das Schulgesetz und was sonst noch das Ministerium des Innern zu bearbeiten hat, schwieg er sich aus. Er sprach lediglich von der staatsrechtlichen Abteilung und verteidigte hier das Vorgehen der thüringischen Regierung gegen die Nationalsozialisten, wovon ihm der thüringische Minister Frühling noch beisprang, während Herr Wulle auf seinen Vorwürfen verharrte, daß hier das Reichsrecht gebrochen sei. Von Rest der Sitzung beherrschte der Vertrag, den die Badische Anilin- und Sodafabrik mit der französischen Regierung geschlossen hat. Die Kommunisten hatten einen Antrag eingebracht, der diesen Vertrag mißbilligt, und dabei ergab sich das eigentümliche Bild, daß sich die ersteren als Vertreter des Nationalismus und des Kommunismus aufspielten, indem sie den Vorwurf erhoben, daß die Großindustrie, vertreten durch die Badische Anilin, um ihres Portemonnaie-Interesses willen den Vertrag mit den Franzosen schloß und ihnen damit ein wichtiges Kriegsmittel in die Hände gespielt habe, während von den Deutschvölkischen Moldenhauer und gleichfalls von dem Demokraten Koenath darauf aufmerksam gemacht wurde, daß dieser Vertrag schon zwei Jahre alt sei, daß er seinerzeit in der Presse veröffentlicht und mit ausdrücklicher Billigung sogar auf Wunsch der deutschen Regierung, geschlossen wurde, keineswegs freiwillig, sondern unter dem Druck des Versailler Vertrages, der den Franzosen die Patente in die Hand gab. Der Vertrag sei geschlossen worden, um die deutsche Produktion zu Gunsten der deutschen Landwirtschaft frei zu bekommen.

Ausland.

Paris, 17. Febr. Der französische Senat hat gestern das französisch-schweizerische Abkommen über die Freizonen angenommen. Damit ist das Abkommen ratifiziert, zu dem die Kammer bereits ihre Zustimmung gegeben hatte. Bekanntlich findet über das Freizonen-Abkommen am Sonntag eine Volksabstimmung statt. Der Genfer Berichterstatter des „Journal" sieht voraus, daß das schweizerische Volk das Abkommen zurückweisen wird.

Washington, 17. Febr. Der Senat hat die Konsolidierung der englischen Schuld bei den Ver. Staaten mit 78 gegen 13 Stimmen angenommen.

Der Senat hat zu dem englisch-amerikanischen Schulden-Fundierungsabkommen einen Abänderungsantrag angenommen, der besagt, daß nicht der Präsident, sondern der Kongreß die Genehmigung zu ähnlichen Regelungen mit anderen Nationen erteilen soll.

Der Rand Memels.

Paris, 17. Febr. Die Botschafterkonferenz hat in ihrer gestrigen Sitzung die Entscheidung getroffen, daß Memel der litauischen Staatshoheit anzugliedern sei. Litauen muß jedoch gewisse Bedingungen über die Selbstverwaltung, die Einrichtung des Durchgangsverkehrs sowie die Hafenverhältnisse erfüllen.

Der Ausstand in Frankreich.

Paris, 17. Febr. Die Streiklage ist heute morgen etwa folgende: Im Norden streiken von 5700 etwa 4000 Arbeiter, in St. Etienne etwa 80 Prozent. Der Streik ist also an ausgedehntesten im der Loire, wo nur zwei Gruben sich bis jetzt nicht angeschlossen haben. In Calais ruht jede Arbeit. Im Pas-de-Calais ist die Bewegung am schwächsten, dort streiken etwa 4000 von 50 000 Arbeitern.

Metz, 17. Febr. Die Lage im lothringischen Streikgebiet ist nach der „Lothringer Volkszeitung" nach wie vor sehr ruhig. Die zahlreichen, von der Grubenverwaltung inspirierten Meldungen, daß besonders unter der Bergarbeiterschaft eine gewisse Streikmüdigkeit sich bereits bemerkbar mache, sind mit höchster Vorsicht aufzunehmen. Auch was man von der Arbeitswilligkeit der polnischen Bergarbeiter behauptet, entspricht nicht den Tatsachen. Im Gegenteil haben bei einer Revierkonferenz die Führer der polnischen Bergarbeiter erklärt, daß sie ihren lothringischen Kameraden zeigen würden, daß auch sie solidarisch mit ihnen den Lohnkampf führen würden.

Frankreich will Deutschlands Kapitulation.

Paris, 17. Febr. Offiziell wird mitgeteilt, daß die französische Regierung über die von Lord Curzon in seiner Mitternachtsrede angedeutete Möglichkeit einer englischen Vermittlung in der Ruhraktion sehr überrascht sei. Es ist eine Mitteilung nach London gegangen, in der sich Frankreich jede Vermittlungsrolle irgend eines Alliierten verbittet. Auch jede andere Intervention will Frankreich ablehnen. Es verlangt lediglich die politische und bedingungslose Kapitulation Deutschlands.

England vorerst festgefahren!

London, 17. Febr. Auch die gestrigen Beratungen zwischen dem französischen Arbeitsminister Le Troquer und General Nollet auf der einen und Mitgliedern des englischen Kabinetts auf der anderen Seite sind gegen Abend ergebnislos abgebrochen worden. Die Franzosen sind nach Paris abgereist. England scheint also die Durchfahrt der Kohlenzüge durchs englische Gebiet nicht zu gestatten.

London, 17. Febr. Die britische Ablehnung der französischen Forderung auf Ueberlassung der Eisenbahnen in der englischen Besatzungszone bringt eine neue Spannung in die Entente und rückt die Zurücknahme der britischen Truppen aus dem Rheinland wieder näher. Schatzkanzler Baldwin hat im Unterhaus mitgeteilt, daß die französische Forderung nach Ueberlassung der beiden Hauptlinien im Kölner Gebiet abgelehnt worden sei. England habe nur eine Schonnetzlinie anbieten können, die eine Ecke der Zone schneidet. Der französische Wunsch, Kohlen durch das englische Gebiet zu befördern, trat an Wichtigkeit zurück, als erklärt wurde, Frankreich brauche in Wirklichkeit die Eisenbahnen, um sich die Verbindungslinie für das Herbeibringen der Reservetruppen zu sichern. Die Franzosen äußerten die Befürchtung, Deutschland plane eine aus jedsmalige Sabotage des Kölner Eisenbahnsystems, um die Truppenbewegungen zu unterbinden. Demgegenüber erklärten die britischen Minister, daß eine Gewährung der französischen Forderung eine direkte Unterstützung der Besetzungsaktion wäre und deshalb abgelehnt werden müßte. Man nimmt jetzt an, daß Poincaré die Forderung in solcher Form erneuern wird, daß eine Zurücknahme der britischen Truppen aus dem besetzten Gebiet erzwungen wird.

Paris, 17. Febr. Das „Oeuvre" schreibt zu dem Ergebnis der Verhandlungen Le Troquers mit dem englischen Kabinett, die Entschlüsse Bonar Laws würden zweifellos anders ausgefallen sein, wenn die französische Regierung von Beginn der Besetzung an offiziell und feierlich erklärt hätte, daß sie weder deutsches Gebiet annektieren noch es wirtschaftlich unterwerfen wolle. Es genüge nicht, die Gerechtigkeit zu wollen; man müsse sich auch die Mühe geben, alle Welt davon zu überzeugen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 16. Febr. Der Sohn unseres Mitbürgers Emil Meisel, Hermann Meisel in Newyork, hat wiederum eine recht bedeutende Summe zur freien Verfügung seines Vaters an hiesige bedürftige Familien überwiesen. Die Anhänglichkeit und Opferwilligkeit des edlen Spenders für seine Vaterstadt verdient alle Anerkennung.

Neuenbürg, 19. Febr. Der Winter hat sich nochmals eingestellt. In der Nacht von Samstag auf Sonntag und Sonntag auf Montag gingen ergiebige Schneefälle nieder, die alles in Weiß hüllten. Die Wetterlage deutet auf weitere Schneefälle, doch dürfte der Schnee bei der milden Witterung nicht lange Bestand haben.

Württemberg.

Stuttgart, 17. Febr. (Dank der Avignongefangenen). Für die mir anläßlich meiner Heimkehr nach 8jähriger Gefangenschaft bewiesene Anteilnahme der Bewohner Stuttgarts drücke ich hiedurch meinen herzlichsten Dank aus. Dank den Herren der Kriegsgefangenenstelle Württemberg, vor allem Herrn Rittmeister Hämmel für die freundliche Abwickelung meiner Angelegenheiten, Dank der Stadtverwaltung für die freundliche Bewirtung und Herrn Dir. Barthel von Neidhardts Künstlerbrettl, wo ich mit meiner Familie zu Gaste weilte. Ich betrachte es als ein Zeichen, daß man den Kriegsgefangenen und vor allem den Avignoncern, Anteilnahme entgegengebracht hat und man der Ueberzeugung ist, daß die Letzteren als sogenannte Verbrecher unschuldig zurückgehalten worden sind. Soweit es meine Gesundheit gestattet, werde ich bemüht sein, am Wiederaufbau der Heimat mitzuarbeiten, der Heimat, nach der wir alle uns so gesehnt haben und die uns durch die Bemühungen unserer früheren Leidensgefährten und hochherzigen deutschen Männern wiedergegeben worden ist. In dankbarer Erinnerung Otto Reuter, Ehrenfriedersdorf (Erzgeb.). Ich schließe mich dem Dank meines lieben Kameraden Reuter an und danke für die Ehre, die mir anläßlich meiner Reise zu dessen Abholung in seine Heimat von allen Seiten zuteil geworden ist. Erich [illegible], 1. Vors. der Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener, Ortsgruppe Chemnitz.

Stuttgart, 17. Febr. Die Schwabenhilfe für das Ruhrgebiet beläuft sich mit den Arbeitgeberspenden schon jetzt auf über 200 Millionen Mark.

Heilbronn, 17. Febr. (Kettenhandel.) Ein typischer Fall von Kettenhandel, an dem vier Händler beteiligt waren, kam vor dem hiesigen Wuchergericht zur Verhandlung. Verantworten hatten sich Ludwig Heinz von Widdern O/A. Brackenheim, sowie der Händler und Gastwirt [illegible] von Wannweil, der Baumzüchter und Händler Fritz [illegible] von Hopfau O/A. Sulz und der Amtsdiener Paul [illegible] von Weiler O/A. Brackenheim. Ersuder wurde wegen verbotenen Handels zu 200 Mk. Geldstrafe, Heinz wegen Kettenhandels und Preistreiberei zu 20000 Mark, Weinmann zu 60000 Mark und Matschler zu 15000 Mark verurteilt.

Kirchheim a. N., 17. Febr. (Noch nicht geborgen). Die in letzter Woche bei dem schweren Bootsunglück in Gemmrigheim ertrunkenen Personen konnten bis jetzt noch nicht geborgen werden. Der an den Rettungsarbeiten hervorragend beteiligt gewesene Karl Haug ist schwer erkrankt. Trotz der schweren Gefahr für das eigene Leben kämpften die Retter gegen die Wellen des hochgehenden Neckars, um die mit dem Tode ringende Gemmrigheimer Familie zu bergen, bis die schäumenden Wogen auch noch den Kahn der Retter zum Kentern brachten, wobei ein Fr. Bezner den Tod fand. Die Ueberlebenden wurden teilweise in bewußtlosem Zustand ans Ufer gebracht.

Eßlingen, 17. Febr. (Vom Konsumverein). Der Konsumverein hat in seiner Generalversammlung beschlossen, den Geschäftsanteil der Mitglieder von 2000 auf 15000 Mark zu erhöhen. Vom Vorstand aus war eine Erhöhung auf 10000 Mark beantragt worden.

Gmünd, 17. Febr. (Die Silberdiebe). An den bereits gemeldeten Silberwarendiebstählen in hiesigen Silberwarenfabriken sind bis jetzt 8 junge Kaufleute beteiligt. Der Wert der gestohlenen Waren beziffert sich auf etwa 10 Millionen Mark.

Baden.

Karlsruhe, 17. Februar. Hing da im Schulhaus eines Murgtalstädtchens jenes bekannte Bild: „Mit Mann und Roß und Wagen, so hat sie Gott geschlagen." Und aus Lehrer und Schüler es ansahen, wurde in ihrem Herzen die Hoffnungsfunken wieder hell, daß eines Tages unser Herrgott den frevelhaften Uebermut unserer Feinde brechen werde. Am Sonntag, 4. Februar, morgens, kommt der Schulbiener zum Schulhause gerannt und ruft: „Das Bild muß weg, die Franzosen kommen." Der Diener tut wie ihm geheißen. Das Fehlen des Bildes wird gleich am andern Morgen bemerkt. Die gesamte Lehrerschaft verlangt, daß das Bild an seinem Platze bleibe. Am Nachmittag hing es wieder dort. Wahrscheinlich hatte der Tapfere erfahren, daß die Franzosen noch nicht in Rastatt seien.

Badenweiler, 16. Febr. Das sich zur Zeit in Freiburg aufhaltende Großherzogspaar spendete zusammen mit der Großherzogin Luise eine Million Mark für die Ruhrspende.

Radolfzell, 16. Febr. Zu geradezu skandalösen Radauszenen und Ruhestörungen ist es in der Nacht zum Aschermittwoch hier gekommen. Trotz des schweren Kampfes, den Deutschland auszufechten hat und trotz der behördlichen Verbote und Ermahnungen hatte eine Bande von jungen Leuten, die über zu viel Geld verfügten, Fastnacht gefeiert. Auf dem Heimweg ging es geradezu toll zu. Die Prügeleien und Ruhestörungen dauerten bis zum Morgen.

Heidelberg, 16. Febr. Die Schleppschiffahrt auf dem Neckar ruht seit mehreren Wochen so gut wie ganz. War vorher der hohe Wasserstand daran schuld, so sind es jetzt die Maßnahmen der Franzosen, die zur Stillegung der Rheinschiffahrt und damit zum Ausbleiben der Frachten für die Neckarschiffe führten. Die wenigen Schleppzüge, die jetzt neckaraufwärts fahren, bringen fast nur noch leere Kähne für die Salzladungen nach Heilbronn, Jagstfeld und Wimpfen.

Mannheim, 16. Febr. Da die Franzosen die Rheinbrücke für die Ausfuhr aus der Pfalz ohne Genehmigung des französischen Ein- und Ausfuhramts gesperrt haben und die Gemüsewagen nicht über die Rheinbrücke ließen, so war der gestrige Wochenmarkt ohne Zufuhren aus der Pfalz. Infolgedessen waren die Zufuhren geringer als an andern Tagen und die Preise gingen stark in die Höhe. U. a. wurde ein Wagen mit 400 Zentnern Gemüse und Kartoffeln aus Friskamm bei Germersheim nicht durchgelassen. So kosteten Feldsalat 1000 Mark, Tafelbutter 7800 Mark, Weißkraut 160 Mark und Rotkraut 300 Mark das Pfund. Für eine lebende Gans von sieben Pfund wurden 30000 Mark gefordert und bezahlt.

Vermischtes.

Eine Kriegslist. Zu Neuburg a. D. starb der pensionierte Waldwärter Winkler, der als Hornist des 3. bayr. Inf.-Regts. am 9. November 1870 bei Coulmiers die Bayern aus bitter Lage befreite, indem er das ihm bekannte französische Rückzugssignal blies. Es wurde von dem französischen Hornisten aufgenommen und veranlaßte die französischen Truppen zum Rückzuge.

Unerklärlich. Der Dollar sinkt, aber der Preis für Zeitungspapier steigt lustig und ungehemmt weiter. Mitte im Monat wurde der Eisenbahnwagen Papier abermals um 2 700 000 Mark verteuert. Er kostet jetzt rund 14½ Millionen; Papier ist also 700mal teuer als im Frieden.

Der Kupferpfennig. Unsere Mitteilung, wonach für einen Kupferpfennig 200 Mark bezahlt werden, beruht auf einem Schreibfehler. Es muß richtig heißen 29 Mark.

Moderne Höhlenbewohner. Im Eselskopf des Werragebirges, unweit des Ortes Albungen, befindet sich eine große Höhle, die im Volksmunde den Namen Pulverkammer führt. Seit einiger Zeit hat sich in dieser Höhle ein aus dem Hessischen gekommenes Ehepaar häuslich eingerichtet. Ein Koffer

Ofen erwärmt den mit allerlei Küchensachen ausgestatteten Raum, und draußen waltet der „Landhere". Er flickt Körbe und wartet die drei Kinder, während die Frau sich in der ganzen Nachbarschaft beliebt gemacht. Da die Landbewohner Gefallen an den Höhlenbewohnern gefunden haben, leiden diese keine Not. Der neue Höhlenmensch erklärte einem Besucher: Eine so praktische Notwohnung habe er noch nie gehabt und er gedenke auch nicht auszuziehen.

Der neue Hut und die Notbremse. Man schreibt aus Hannover: Unsere jugendschaftlichen verschiedenen Preisverhältnisse führen zu sonderbaren Dingen. Fährt da am Sonntag auf der Strecke von Berlin ein Herr in der landesüblichen vierten Klasse, dem es in dem überfüllten Abteil, wo er stehen muß, zu warm wird. Um sich etwas frische Luft zu verschaffen, will er auf die Plattform des Wagens hinaus und im selben Augenblick entführt ihm der neckische Zephirwind seinen Hut. Der junge Mann überlegt: Ein neuer Hut kostet heute 20 000 Mark und der Schnupfen, den er bekommt, wenn er ohne Hut herumlaufen muß, ist auch nicht gering in Rechnung zu stellen. Zieht er die Notbremse, so wird ihm freilich ein erheblicher Betrag als Strafe abgeknöpft, aber die Eisenbahn ist immer noch billiger als der Hutmacher. Also entschließt er sich die Notbremse zu ziehen. Der Zug hält, der junge Mann springt vom Wagen und läuft seinem Hute nach. Der Zug bleibt ruhig so lange auf der Strecke liegen, bis der Mann seinen Hut wieder hatte und zurückkam. Zugführer und Schaffner empfingen den Fahrgast feierlich am Trittbrett und geleiteten ihn in den Zug, wo er lächelnd seine Personalien zu Papier gab, in dem Bewußtsein, zwar Pech gehabt, aber immer noch „ein gutes Geschäft" gemacht zu haben.

Folgenschwere Pulverexplosion. Ein schweres Unglück ereignete sich im Hause des Landmanns Lau in Brokdorf bei Itzehoe in Schleswig-Holstein. Auf dem Ofen der Wohnstube wurde ein Beutel mit Pulver aufbewahrt, das Feuer fing und explodierte. Die Kleider der in der Stube weilenden Personen gingen in Flammen auf. Frau und Sohn wurden lebensgefährlich verletzt, ein kleines Enkelkind ist gestorben.

Ein Ballscherz mit Tausendmarkscheinen. Der englische Künstlerklub „Chelsea Arts" in London veranstaltet nächste Woche in Albert-Hall einen Ball, dessen Hauptwitz darin bestehen soll, daß sich aus der Kuppel ein Regen von Tausendmarkscheinen auf die Tänzer und Tänzerinnen ergießen wird.

Handel und Verkehr.

Schweinemärkte. Dem Schweinemarkt in Ludwigsburg waren 9 Läufer- und 82 Milchschweine zugeführt, wovon 48 Milchschweine verkauft wurden. Der Preis für ein Milchschwein betrug 100 000 bis 135 000 Mark. — Dem Schweinemarkt in Tettnang waren 39 Ferkel und 2 Läufer zugeführt, die alle verkauft wurden. Ferkel galten 90 000 bis 150 000, Läufer 180 000 Mark, je das Stück.

Wirtschaftliche Wochenrundschau.

Geldmarkt. Die rückläufige Bewegung der ausländischen Devisenkurse geht weiter. Der Dollar, der am 8. Februar in Newyork immerhin noch 33 333 Mark notierte, ist bis zum 15. Februar auf 19 607 Mark zurückgegangen. Vor 14 Tagen stand der Dollar noch 52 000; er ist also beinahe um zwei Drittel gefallen. Und das alles, obgleich die französischen Räubereien und Gewalttätigkeit im Ruhrbezirk und in Baden fortgehen. Die Hauptursache liegt wohl in der Marktstützungsaktion der Reichsbank und in der fortgesetzten Devisenabgabe unseres Zentralnoteninstituts. Ermöglicht wird der Vorgang durch die Tatsache, daß wir keine Reparationszahlungen mehr leisten, auch durch den Umstand, daß die hauptsächlichsten Käufe von Mehl und Getreide im Ausland zur Streckung der deutschen Ernte von 1922 beendet sind. Trotzdem ist der Geldmarkt sehr knapp. Nach dem letzten Ausweis ist die Reichsbank geradezu ungeheuerlich in Anspruch genommen worden. Sie hat jetzt Anlagebestände von nahezu 3 Billionen und einen Banknotenumlauf von 2253 Milliarden. Der Gold- und Silberankaufspreis ist übrigens bedeutend herabgesetzt worden. Er beträgt jetzt nur noch 100 000 Mark für ein Zwanzigmarkstück. Am 15. Februar kosteten 100 deutsche Mark in Zürich 0,0275 (am 8. Februar 0,0159) Franken; in Amsterdam 0,0128 (0,0075) Gulden; in Stockholm 0,0210 (0,0115) Kronen; in Wien 230 (195), in Prag 503,50 (502,50) Kronen und in Newyork 0,0050 (0,0030) Dollar.

Börse. Die Kaufkraftshausse ist zum Stillstand gekommen. Die fortgesetzte Ermäßigung der Devisenkurse hat einen kräftigen Rückschlag in der Börsentendenz hervorgerufen und die Kurse sämtlicher Umsatzgebiete schwer erschüttert. Das war zu erwarten nach den furchtbaren Uebertreibungen der letzten Zeit und ist deshalb auch nur zu begrüßen. Es gab großes Heulen und Zähneklappern unter denen, die auf Warnungen wie die unsrigen nicht gehört hatten, und mancher, der sich schon als neuer Millionär fühlte, denkt heute wieder etwas bescheidener von sich. Tausend Punkteweis, wie die Aktien gestiegen waren, fielen sie jetzt auch wieder. Ganz unvorbereitet kam der Schlag aber nicht und so ist er denn auch bis jetzt ohne größere Zwischenfälle vorübergegangen, indem er in der Hauptsache eine Reinigungsaktion darstellte, die auch den Banken keineswegs unerwünscht war. Am meisten haben die schweren Industriepapiere gelitten, die größtenteils auf die Hälfte ihres Standes vor 8 Tagen und noch darunter fielen. Bankaktien waren eher gehalten, zumal da es wieder eine Fusion gab, diesmal zwischen der Württ. Vereinsbank und der Bankfirma, die sich erst neulich mit der Hofbank zusammengetan hatte.

Produktenmarkt. Die Südd. Mühlenvereinigung ist bis jetzt der Ermäßigung der Devisenkurse nur zögernd gefolgt. Vor 14 Tagen notierte sie den Doppelzentner Mehl ab Mühle mit 270 000 und jetzt immer noch mit 220 000 Mk. Steigt der Dollar, dann geht alles sehr flott in die Höhe, fällt er, dann nimmt man sich Zeit. Auf dem Berliner Getreidemarkt ist die Auswirkung der veränderten Geldverhältnisse gleichfalls bescheiden und entspricht durchaus nicht den tatsächlichen Veränderungen, auch nicht dem Tempo, in dem sich vor kurzem die Aufwärtsbewegung vollzog. Am 15. Februar kosteten in Berlin Weizen immer noch 47 000 (—19 000), Roggen 43 000 (—18 000), Gerste 45 000 (—14 000), Hafer 39 000 (—13 000), Mais 45 000 (—15 000) und Mehl 160 000 (—55 000) Mark pro Doppelzentner. Auf der Stuttgarter Landesproduktenbörse kosteten Heu und Stroh am letzten Montag [illegible] erheblich billiger werden.

Warenmarkt. Nur sehr zögernd folgen die Warenpreise dem fallenden Dollarkurs. Zum Teil ist es durchaus verständlich, besonders bei allen den Artikeln, die von den Rohstoffpreisen und den Arbeitslöhnen stark abhängig sind; denn letztere beiden gehen immer noch in die Höhe. Aber es wird doch Zeit, die Warenauszeichnungen zu ändern und auch der Stimmung des Volkes gebührend Rechnung zu tragen, auf die Gefahr von Verlusten hin. Verschiedene Artikel haben denn auch schon kräftige Abschläge erfahren, wie z. B. Margarine. Auf dem Gebiete der Textil- und Lederwaren wird's wohl auch bald einen Abschlag geben. Im übrigen kann die rückläufige Bewegung deshalb nur langsam von statten gehen, weil sie durch die unsichere politische Lage, die ... Aktionen, hemmt und durch entgegengesetzte Erscheinungen, die nochmalige Erhöhung der Fleischpreise gehemmt wird.

Viehmarkt. Alles, was wir vor 8 Tagen über die Zustände im Viehhandel gesagt haben, hat sich leider bestätigt und ist noch viel schlimmer geworden. Süddeutschland wird von fremden Viehhändlern überschwemmt, die den Bauern sämtliche Ställe ablaufen und sich gegenseitig solange überbieten, bis sie ihre Waggons vollgeladen haben. Unsere Regierung steht dem Treiben machtlos zu. So kommt es, daß wir immer noch rapid steigende Vieh- und Fleischpreise haben und beispielsweise in Stuttgart am 16. Februar Ochsenfleisch 3900, Kalbfleisch 3000, Schweinefleisch 3700 und Hammelfleisch 3300 Mark kosteten. Auf dem Leonberger Pferdemarkt kostete ein einigermaßen brauchbarer Gaul 4—5, die besseren 10 bis 20 Millionen Mark.

Holzmarkt. Stillstand der Hausse, unveränderliche Preise.

Die Postbezieher
unseres Blattes mögen schon heute an die Bezugserneuerung für den Monat **März 1923** denken und deshalb den heute abgedruckten Bestellschein mit Unterschrift versehen unfrankiert in den nächsten Briefkasten werfen. — Heute ist es für Jeden wichtiger als je, eine Unterbrechung in der Zustellung der Zeitung zu vermeiden.

Neueste Nachrichten.

Essen, 18. Febr. Gestern fanden zwischen Vertretern der Polizeibehörde und General Degoutte Verhandlungen statt, die zu dem Ergebnis führten, daß die Schutzpolizei den Dienst wieder aufnimmt und die Uniform behält. Eine Entwaffnung ist nicht vorgesehen. Die Kriminalpolizei darf keine Waffen tragen.

Essen, 18. Februar. In der verflossenen Nacht wurde der Mitinhaber der chemischen Fabrik Goldschmidt, Dr. Th. Goldschmidt, in seiner Wohnung verhaftet und nach Bredeney gebracht. Er hatte wenige Stunden vorher einem französischen Offizier, der sich ohne Quartierschein bei ihm einquartieren wollte, die Aufnahme verweigert.

Essen, 18. Febr. Gegen die kriegsgerichtliche Aburteilung des Essener Bürgermeisters Schäfer, des Oberbürgermeisters von Oberhausen, Havenstein, des Direktors Bußmann vom Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk und des Dr. Gugen vom Einzelhandelsverband Groß-Essen und Umgebung erhebt die Handelskammer für die Kreise Essen, Mülheim-Ruhr und Oberhausen in einem Schreiben allerschärfsten Einspruch und stellt fest, daß diese Diktate rechtsungültig seien. Zum Protest insbesondere gegen die Aburteilung ihres Geschäftsführers werde die gesamte Kaufmannschaft Essens am 19. Febr. ihre Geschäfte geschlossen halten. — Das Kriegsgericht der Okkupationsarmee hat, wie erst jetzt bekannt wird, am 30. Januar die Helene Maske aus Essen wegen Umgehung des Ausweisungsbefehls zu sechs Monaten Gefängnis und wegen Eindringens in das besetzte Gebiet ohne Ausweiskarte zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.

Gelsenkirchen, 18. Febr. Heute mittag wurde auch der Bahnhof Gelsenkirchen-Bismarck von französischen Truppen besetzt. Wie auf dem Hauptbahnhof, so werden nun hier die ankommenden Reisenden untersucht. Der Personenverkehr ist unterbunden. Vor dem Rathaus in Gelsenkirchen sind 18 Panzerautos aufgestellt. Die Post und das Finanzamt sind von Truppen besetzt.

Gelsenkirchen, 16. Februar. Gestern nachmittag schlug ein französischer Offizier einen Schutzpolizeibeamten, der ihn nicht gegrüßt hatte, mit der Reitpeitsche ins Gesicht. Der Beamte zog darauf seinen Revolver und verwundete den Offizier durch einen Schuß schwer.

Düsseldorf, 18. Febr. Regierungspräsident Dr. Grützner ist verhaftet und ausgewiesen worden.

Bochum, 18. Febr. Gestern morgen haben starke belgische Truppenabteilungen die Lippebrücke bei Dorsten überschritten und die Bahnhöfe von Holsterhausen und Hervest-Dorsten besetzt. Infolge der Besetzung dieser beiden Bahnhöfe ist nunmehr auch die Eisenbahnstrecke Haltern—Wesel für den Durchgangsverkehr gesperrt.

Halle, 18. Febr. Die Schänder des Bismarckdenkmals auf der Rudelsburg, der Transportarbeiter Eckstein und der Schuhmacher Giebler wurden von der Strafkammer in Naumburg zu Zuchthausstrafen bis zu drei Jahren verurteilt.

Lüneburg, 18. Febr. Vor dem Schwurgericht hatten sich gestern der 19jährige Hans Joschko, der 22jährige Kirschke und der gleichaltrige Thurau wegen des Eisenbahnattentats vom 18. November 1922 in der Nähe von Radbruch zu verantworten. Zwei der drei Angeklagten, die durch Lösen und Auseinanderbiegen von Eisenbahnschienen den D-Zug zum Entgleisen bringen wollten, erhielten 15 Jahre Zuchthaus, der dritte Angeklagte 12 Jahre Zuchthaus.

Berlin, 17. Februar. Der Reichskanzler richtete heute an den Oberpräsidenten Gronowski in Münster folgendes Telegramm: Deutschland ist einig in der Entrüstung und dem Schmerz über die unmenschliche und grausame Behandlung der Beamten der Schutzpolizei in Gelsenkirchen durch fremde Heldenbrecher und in der Empörung über die erbärmlichen und verächtlichen Urteile dieser Art. Ich bitte Sie, den betroffenen Beamten das Mitgefühl und den aufrichtigen Dank der Reichsregierung für die hervorragende Haltung auszusprechen. An die Frau des Bürgermeisters Schäfer in Essen und an die Frau des Oberbürgermeisters Havenstein-Oberhausen hat der Reichskanzler ebenfalls Telegramme geschickt, die seiner tiefen Entrüstung über die gegen die beiden Beamten gefällten Kriegsgerichtsurteile Ausdruck geben und versichern, daß die Regierung alles tun werde, um Treue gegen Treue zu vergelten.

Berlin, 17. Febr. Anläßlich der in den letzten Wochen eingetretenen scharfen Preissteigerung für Schlachtvieh hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft die Landesregierungen dringend ersucht, für jeden Schlachtviehmarkt eine besondere Ueberwachungskommission aus je einem Viehhändler, einem Fleischer und einem Vertreter der Verbraucherkreise zu bilden, damit unberechtigten Preissteigerungen sogleich an Ort und Stelle entgegengetreten werden kann. Durch ein enges Zusammenarbeiten dieser Kommission mit den zuständigen Polizeibehörden wird in vielen Fällen die Beschlagnahme des Viehes und die Fernhaltung unlauterer Elemente von den Viehmärkten möglich sein.

Bern, 18. Febr. Das Schweizer Volk verwarf mit überwältigender Mehrheit die Konvention mit Frankreich betreffend die Beseitigung der zollfreien Zone am Genfer See und deren Ersetzung durch ein anderes Abkommen. Die großen politischen Parteien hatten die Stimmen freigegeben. Die Presse der französischen Schweiz gab im allgemeinen die Parole auf Annahme der Vorlage aus, während die deutschschweizerischen Zeitungen geteilter Meinung waren. 407 500 Stimmen erklärten sich gegen und nur 91 500 Stimmen für die Vorlage. 18 Kantone verwarfen sie und 4 nahmen sie an.

Paris, 18. Febr. Das „Journal" meldet: Der belgische Ministerpräsident Theunis arbeitet einen Plan betreffend den Verkauf der Fertigfabrikate des Ruhrgebiets zugunsten der Reparationskommission aus. Er wird den Plan bei seinem Besuch in Paris, der Mitte dieser Woche erwartet wird, zur Annahme empfehlen. — Das Blatt bestätigt ferner, daß die französisch-belgische Sachverständigenkommission die Einführung des rheinischen Talers vorschlagen werde, der durch eine Bank ausgegeben werden solle. Die Bank müsse Bürgschaft stellen. Die Sachverständigenkommission habe die vorbereitenden Arbeiten in der Währungsfrage beendet.

Paris, 19. Febr. Aus Düsseldorf berichtet die Agence Havas, daß als Gesamtergebnis des Samstag auf dem Bahnhof Wedau 3 Kohlenzüge für Frankreich und 1 Kohlenzug für Belgien verladen wurden.

Paris, 18. Febr. Nach einer Meldung des Sonderberichterstatters des „New York Herald" in Düsseldorf stattete der Militärattache der amerikanischen Botschaft in Paris, Bentley Mott, zu einer Informationsreise in das Ruhrgebiet und die angrenzende Bezirke ab. Ueber den Zweck des Besuchs sei nichts zu erfahren.

Paris, 19. Februar. Havas berichtet aus Düsseldorf über zwei Eisenbahnunfälle, die belgische und französische Militärzüge erlitten haben. Auf dem Bahnhof Crefeld-Linn stieß ein belgischer Militärzug mit einem französischen Lebensmittelzug zusammen. Dabei wurde ein Belgier getötet. In Dahlhausen fuhr ein französischer Militärzug auf 5 zusammengekoppelte Lokomotiven auf. 2 Personen wurden getötet, 3 schwer und 8 leicht verletzt.

Paris, 19. Februar. Nach einer Meldung der Agentur Havas hat sich der Bergarbeiterstreik auf die Reviere von Alais und Besseges ausgedehnt. In Martinet ist der Ausstand allgemein. Sogar die Wasserpumpen werden nicht mehr bedient.

Brüssel, 18. Febr. Im Bezirk Borinage sind etwa 15 000 Bergarbeiter in den Ausstand getreten, weil sie die ihnen zugesagte 5%ige Lohnerhöhung als unbefriedigend erachten. Sie haben ausdrücklich erklärt, daß ihr Ausstand zu den Ereignissen im Ruhrgebiet keinerlei Beziehung habe.

Washington, 19. Febr. Präsident Harding hat beim Kongreß eine Budgetforderung in Höhe von 20 950 000 Dollar eingebracht, die zur Deckung des Abbaues der amerikanischen Schlachtflotte dienen sollen, die nach dem Programm … abgebrochen werden muß.

Dr. Wirth über seine Politik und die Regierung Cuno.

Ulm, 18. Febr. Im Rahmen einer Versammlung, die von der württembergischen Zentrumspartei für ihre Angehörigen veranstaltet worden war, sprach heute im Saalbau auch Reichskanzler a. D. Dr. Wirth. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Dr. Wirth führte [illegible] eine andere als die Politik der Erfüllung sei für eine Regierung in Deutschland [illegible] ebenfalls wie die Regierung Wirth Erfüllungspolitik treiben müssen, ja sie habe diese Erfüllungspolitik in Konsequenz der Notwendigkeiten noch vertieft. Trotz dieser Vertiefung aber habe sie von der bisherigen Oppositionspresse keine Kritik erfahren. Man lasse ihr mehr zu als der Regierung Wirth; das habe man schon an der Erledigung der Vorfälle von Ingolstadt und Passau gesehen. Wenn das Kabinett Wirth eine Goldmillion auf den Tisch des Hauses gelegt hätte, wäre es wohl nicht so still gewesen in der deutschen Oeffentlichkeit. Die Politik den Besitzenden sei auch von den erbittertsten Gegnern dieser Politik aufgenommen worden. Er wolle nur an das Abkommen Stinnes-Lubersac erinnern. Ohne Politik der Verständigung wäre Deutschland in Stücke zerrissen worden; die Wirth'sche Erfüllungspolitik habe die Einheit Deutschlands ge-

Sargwucher. Mit was allem gewuchert wird, zeigt uns eine amtliche Bekanntgabe in den Tageszeitungen der Stadt Köln. Dieselbe lautet: Der Schreinermeister Adolf Peters aus Köln, Krefelderstraße 43, Inhaber der großen Kölner Beerdigungsanstalt „Heimkehr", ist vom Wuchergericht Köln wegen Preistreiberei mit Särgen zu einem Monat Gefängnis und 200 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

rettet. Auch 1807 und 1808 habe man in Preußen eine Politik der Leistungen getrieben. Es sei nicht wahr, sagte der Redner, daß er und seine Freunde Anlaß hätten, der Regierung Cuno jetzt Schwierigkeiten zu bereiten. Niemand werde glauben wollen, daß man das Vaterland jetzt durch eine Regierungskrisis retten könne, obwohl es in Deutschland bisher immer Brauch gewesen sei, in kritischer Lage auch eine Regierungskrisis herbeizuführen. Die Novemberkrisis sei überdies im denkbar ungünstigsten Augenblick heraufbeschworen worden. Das Kabinett Wirth habe damals vor der Einigung der inneren Front gestanden. Die Krisis habe diese Einigung gestört. Was aber damals in Berlin mißglückte, das sei nun an der Ruhr gelungen. Was die Regierung Cuno tue, um den Abwehrkampf an der Ruhr zu organisieren, finde die Zustimmung und die Unterstützung Dr. Wirths und seiner Freunde. Kritik werde sie nur erfahren, wenn sie nicht genug tue, um den Widerstand dort zu stärken und wenn sie nicht alles tue, um Lebensmittel und Geld nach dem Ruhrgebiet zu schaffen. Es sei ein Märchen, wenn man behaupte, Dr. Wirth sei bestrebt, an die Stelle der jetzigen eine neue Regierung zu setzen oder ihr Schwierigkeiten zu bereiten. Die Regierung führe; wenn sie falsch führe, falle ihr die Verantwortlichkeit zu. Die Widerstandsbewegung an der Ruhr sei eine edle, nationale Bewegung. Der Freiheitskampf dort werde nicht nur für das, sondern auch für Holland, Italien, die Schweiz und Deutsch-Oesterreich ausgefochten gegen die Hegemonie Frankreichs, welche die wirtschaftliche Freiheit ganz Europas gefährde. Dieser Freiheitskampf müsse uns die Sympathien der ganzen Welt gewinnen. Die Regierung Wirth habe immer die Forderung vertreten: Erst Brot für uns, dann Reparationen. Dr. Wirth sprach auch mit Worten größter Hochachtung und Dankbarkeit von der überaus wertvollen Arbeit Rathenaus, die jetzt ja auch stillschweigend von den früheren Gegnern anerkannt und fortgesetzt werde. Kurz vor der Novemberkrisis sei es gelungen, die ganze angelsächsische Welt auf unsere Politik einzuschwenken. Ohne daß man auf deutscher Seite jemand eine Schuld beimessen könne, sei die Ruhrbesetzung gekommen. Der neue Reichskanzler habe nicht umsonst an das Bürgertum appelliert. Die bürgerlose Gesellschaft, deren Existenz Dr. Wirth und seine Freunde aus der Revolution gerettet hätten, dürfe keine Sabotage mehr an der Regierung treiben; der Abgang der bürgerlichen Regierung wäre auch der Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft. **Für die Ruhrhilfe genüge nicht, wenn man ein paar Papiermillionen gebe; da müßten Goldwerte her. Wenn der Opfergeist nicht alle ergreife, dann sei der Kampf von vornherein verloren und es würde besser gewesen sein, ihn überhaupt nicht zu beginnen.** Zu den Arbeitern sagte Dr. Wirth, sie möchten doch nicht in dieser ersten bürgerlichen Regierung gleich eine Regierung der Reaktion wittern. Auch er und seine Freunde seien bereit, darüber zu wachen, daß die Bewegung an der Ruhr nicht reaktionären Zwecken dienstbar gemacht werde. Der Sinn des Widerstands aber sei, Verhandlungen aufzunehmen. Er wisse allerdings nicht, wann der geeignete Augenblick dafür kommen werde. Die Regierung aber sei verantwortlich dafür, daß dieser Augenblick nicht verpaßt werde.

Die Lage in Offenburg.

Offenburg, 18. Febr. Die Lage im besetzten badischen Gebiet hat sich seit heute nachmittag wesentlich geändert. Schon in den letzten Tagen waren die französischen Truppen aus einer ganzen Reihe von Ortschaften zurückgezogen worden und heute ist auch in Offenburg selbst an verschiedenen Stellen eine Zurücknahme der Wachen erfolgt. Seit heute mittag kann man beobachten, daß die noch verbliebenen Wachen an den staatlichen Verkehrsgebäuden ohne Gewehr Posten stehen, während sie bisher mit aufgepflanztem Bajonett ihren Dienst versahen. Man will anscheinend die Beamten und Arbeiter für die Wiederaufnahme des Verkehrs, die von den Franzosen angestrebt wird, geneigt machen. Zur Zeit befinden sich hier auch elsässische Eisenbahner, die von morgen ab einen Verkehr über Appenweier nach Kehl einrichten sollen. Wie berichtet wird, bemühen sich die Franzosen, auf das deutsche Personal einzuwirken, damit es den Dienst wieder aufnimmt. Dasselbe beharrt aber nach wie vor auf der restlosen Zurückziehung der Besatzung aus den öffentlichen Verkehrsanstalten. Zur Einrichtung einer Zollinie werden die erforderlichen Maßnahmen getroffen.

Gegen Kinder und Frauen.

Berlin, 18. Febr. Der „Berliner Lokalanzeiger" berichtet zu dem französischen Vorgehen in Gelsenkirchen, daß die Franzosen um 8 Uhr morgens die Räumung des Waisenhauses verlangten. Die Schwestern und die Kinder wurden auf die Straße gejagt. Viele davon waren nur notdürftig bekleidet und barfuß. Die Kinder, die in den fußtiefen Schnee gehen mußten, fanden, soweit möglich, bei der Bevölkerung Aufnahme. Aus Sprokhövel wird dem „Berliner Lokalanzeiger" gemeldet, daß ein Franzose auf eine Frau schoß und sie schwer verwundete. Die Frau fand Aufnahme im Krankenhaus.

Französische Räubereien.

Köln, 17. Febr. Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung" aus Düsseldorf gehen die Franzosen auch dort mit der Wegnahme von Lebensmitteln vor. Bei einem Privatmetzger wurden 30 Stück Vieh weggenommen. Wegen des Vorgehens der Besatzungsbehörde hat der Oberbürgermeister Einspruch erhoben mit dem Hinweis auf einen Befehl des Generals Denvignes, wonach die Lebensmittelversorgung der arbeitenden Bevölkerung nicht gefährdet werden soll.

Gelsenkirchen, 17. Febr. An der Spitze der heute vormittag in die Stadt eingerückten französischen Truppen wurde zwischen zwei Offizieren als Geisel der vor einigen Tagen verhaftete Kommandeur der Gelsenkirchener Schutzpolizei, Kunow, geführt. Ueber zwanzig Tanks nahmen auf verschiedenen Plätzen Aufstellung. Sämtliche öffentlichen Gebäude und der Bahnhof sind besetzt, ebenso alle Banken. Die Geschäftsläden haben geschlossen. Der Oberbahnhofsvorsteher Kaufmann und ein Eisenbahninspektor, der die Hauptkasse des Bahnhofs verwaltet, wurden festgenommen. Die in der Kasse befindlichen Gelder in Höhe von neun bis zehn Millionen Mark, die für die heutige Lohnauszahlung bestimmt waren, wurden weggenommen.

Im Kreise herum.

Zwischen Karthaus und Trier fahren die Franzosen eine Anzahl Kohlenwaggons andauernd im Kreise herum.

Der Betrieb auf dem Rhein-Herneakanal eingestellt.

Duisburg, 17. Febr. Den Franzosen war es gelungen, den Schleusenbetrieb des Rhein-Herneakanals zu übernehmen, und in den letzten Wochen sind wiederholt Kohlenschiffe mit holländischer Besatzung zum Rhein verschleust worden. In der vergangenen Nacht sank an dem wichtigsten Verkehrspunkt des Kanals ein großer Lastkahn. Auch am Stinneshafen sank ein Kohlenschiff, so daß der ganze Betrieb auf dem Rhein-Herneakanal eingestellt werden mußte. Wie die Fachleute annehmen, werden die Arbeiten zur Beseitigung der Verkehrshindernisse wenigstens drei Wochen dauern. Zwei Oberbeamte der Kanalverwaltung wurden von der Besatzungsbehörde zur Vernehmung geladen und sind bis jetzt noch nicht entlassen worden.

Englisch-französische Verhandlungen über die Eisenbahnfragen.

Paris, 18. Febr. Nach einer Meldung der „Information" aus Köln, ist General Payot dort eingetroffen, um mit dem englischen Oberbefehlshaber, General Godley, über die Eisenbahnfragen zu verhandeln.

Die Morgenblätter bestätigen, daß in der englischen Besatzungszone zwischen dem Oberkommandierenden der englischen Armee am Rhein, General Godley, und den französischen Generalen Degoutte und Payot Verhandlungen stattfinden werden. — Das „Echo de Paris", das sich seit Besetzung des Ruhrgebiets über die Absichten Poincarés als besonders gut unterrichtet erwies, kennzeichnet die Lage heute wie folgt: Die französische Regierung besteht nicht auf dem ersten Verlangen, daß Degoutte drei mehr oder weniger mit dem Rhein parallel laufende Eisenbahnlinien zur Verfügung gestellt werden, aber sie kann das, was Bonar Law ihren Unterhändlern angeboten hat, nicht als befriedigend ansehen, nämlich die Beschränkung unserer Transporte auf den Stand vom 11. Januar, als wir nur den Bedürfnissen der Garnisonen von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort zu genügen hatten. Das Mindeste dessen, was uns befriedigen kann, ist die Ersetzung des beschränkten Verkehrs auf den drei Linien durch einen unbeschränkten Verkehr auf einer dieser Linien. Die Herren der Downingstreet sprachen sich gestern gegen die Ersetzung der deutschen Eisenbahner durch französische aus, behielten sich jedoch vor, ihre Ersetzung durch englische Eisenbahner ins Auge zu fassen, sobald im Verlaufe der Ereignisse sich zeige, daß man auf die deutschen Eisenbahner nicht zählen könne.

Schömberg, O.-A. Neuenbürg.

Holz-Verkauf.

Aus der Wald-Parzelle zur Kur-Anlage kommen am

Donnerstag, den 22. Februar 1923, nachmittags 3 Uhr,

im Gasthaus zum „Löwen" im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf:

Fl.-Stammholz: Fm.: 1,63 4., 10,86 5., 8,41 6. Kl., zus. 20,90 Fm.;
Fl.-Stangen: Baustangen: 40 1a, 5 2. Kl.;
Hagstangen: 10 1. Kl.;
Eichene Stangen: 14 3. Kl.
Außerdem: 9 Kirschbaumstämme mit zus. 1,29 Fm.

Das Holz liegt direkt an der Straße, die Abfuhr ist daher sehr günstig.

Im Anschluß an diese Versteigerung wird noch **einiges Privatholz** verkauft.

Den 17. Februar 1923.

Schultheißenamt.

Beschälplatte Weil der Stadt.

Auf der hiesigen Platte decken vom 1. März bis 15. Juni d. J. die Landbeschäler

1) Juli Braun v. Eli a. d. Juno,
2) Trommler Braun v. Hector a. d. Trommel.

Der Platte ist Gestütswart Schrade III zugeteilt.

Das vor dem ersten Decken der Stute zu entrichtende Beschälgeld ist auf den Wert von 1 Zentner Hafer festgesetzt. Für den Beschälschein ist eine Gebühr von 50 ₰ zu bezahlen.

Das Beschälgeld kann bar oder durch kostenfreie Ablieferung von 1 Zentner guten, gereinigten Hafer oder Gerste entrichtet werden. Außerdem wird von den Stutenbesitzern nach den näheren Bestimmungen der Zentralstelle für die Landwirtschaft noch ein Fohlengeld im Wert von 1 Zentner Hafer für jede gedeckte Stute erhoben, wenn die Stute ein Fohlen gebracht hat, das eine Lebensdauer von mindestens 45 Tagen erreicht.

Probiert wird pünktlich zu den nachstehenden Stunden: im März morgens 7 Uhr, im April, Mai und Juni morgens 6 Uhr, in allen 4 Monaten je mittags 11 Uhr und abends 5 Uhr.

Weil der Stadt, den 17. Februar 1923.

Beschälaufsichtsamt.
Grüner.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Sitzung d. Gemeinderats

am Dienstag, den 20. Febr., abends 6 Uhr.

Tagesordnung:

1. Armensachen.
2. Beiträge an Kleinkinderschule und Krankenpflegeverein.
3. Gesuch der Firma Christian Metzger u. Söhne um Holzzuweisung zum Wiederaufbau.
4. Wahl eines Schutzmanns.
5. Gesuch des Schuldieners Bohnenberger um Zuruhesetzung auf 1. Aug. ds. Js.
6. Sonstiges.

Stadtschultheiß Knodel.

Bei Influenza,

Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Bronchial-Katarrh, Asthma, Auswurf, Schlaflosigkeit trinke man nur Tee „**OPSI**". Zu haben bei **Albert Barth**, Drogerie, **Calmbach.**

Neuenbürg.
Ein 6 Monate altes, schönes

Zucht-Kind

ist zu verkaufen

Sägerweg 401.

---

8 Monate altes

Mutter-schwein,

zur Zucht geeignet, zu verkaufen.

Näheres in der Enztäler-Geschäftsstelle.

Konto-Büchlein
empfiehlt
C. Meeh'sche Buchhandlung.

Dentistin Freda Müller,

Pforzheim, Westliche 22
beim Marktplatz.
Sprechstunden: 9—12 und 3—6 Uhr.
Samstag nachmittags und Sonntags geschlossen.

Unfrankiert in den nächsten Briefkasten werfen.

An die

Postanstalt

Ich bestelle hiermit den

„Enztäler"

für den

Monat März

und bitte, den Bezugspreis durch den Briefträger bei mir erheben zu lassen.

Name

Wohnort

Straße und Hausnummer

Als **Vermählte** grüssen

Erwin Staiger mit Frau
Marie, geb. Müller

Stuttgart **Neuenbürg** **Esslingen**

Februar 1923.

Dobel, den 17. Februar 1923.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere liebe, unvergeßliche Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Marie Bodamer

nach langem, schweren Leiden im Alter von 35 Jahren zu sich in die ewige Heimat abzurufen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Familie Christian Bodamer, Postagent.

Beerdigung: Dienstag nachmittag 3 Uhr.

Evangelisation

in Neuenbürg
im Gemeindehaus der Methodistengemeinde.
Montag bis Freitag, abends 8 Uhr.
Redner: Pred. W. Ekert aus Heidelberg.
Jedermann ist als Besucher willkommen!

Wir kaufen laufend

Alteisen, Kupfer, Messing, Zink, Zinn, Blei, Lumpen, Papier, Wein- und Sektflaschen

zu den höchsten Tagespreisen.

Schwarzwälder Rohprodukten-Verwertung,
Unterreichenbach, O/A. Calw Telefon 17.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw